

Zur morgigen Landtagssitzung:

RSPD-Arbeitsbeschaffungsprogramm soll durch Regierungsmanöver durchkreuzt werden

Dresden, den 14. Juli.

Die Regierung Schied versucht sich durch ein "Arbeitsbeschaffungsprogramm" populär zu machen. Sie hat im Sächsischen Landtag eine Vorlage eingebracht, nach der 50.800.900 Mark zur Beschaffung von Arbeit "bereitgestellt" werden sollen. Die erforderlichen Mittel, so heißt es, sollen im Projektgege für die eine Erhöhung gefordert wird, aufgebracht werden.

Die Vorlage zeigt, wie die sächsische Regierung und mit ihr das gesamte Bürgertum bestrebt sind, sich dem Druck der durch die kommunistischen Forderungen immer stärker werdenden Massenbewegung zu entziehen. Schon im alten Landtag und sofort nach der Neuwahl wurden

von der kommunistischen Fraktion Anträge zur Arbeitsbeschaffung eingebracht.

In der ersten Landtagssitzung bereits mußten die Bürgerlichen und Sozialdemokraten den kommunistischen Forderungen nachgeben. Sie verloren fest durch ihre "Arbeitsbeschaffungsprogramm" der Masseinstimmung Rechnung zu tragen. Es ist aber notwendig, dieses "Arbeitsbeschaffungsprogramm" näher anzusehen.

Schon im alten Landtag wurde ein kommunistischer Antrag eingereicht, der die Verwendung der gesamten Mittel einzusetzen für den Wohnungsbau forderte. Das würde bedeuten, daß etwa 50 Millionen mehr allein für den Wohnungsbau Verwendung finden würden. Die Regierung denkt nicht daran, den Beschuß durchzuführen, denn das vorgelegte Programm ist nichts als ein kleiner Teil der früher gefassten Beschlüsse. 25.807.900 Mark sind bereits in dem ordentlichen Staatshaushalt vorgesehen, dazu kommen einige im außerordentlichen Haushaltsplan vorgesehene Mittel und eine Anleihe von einigen Millionen. Wenn die Zusammenstellung all dieser in dem Haushaltsplan vorgesehnen Summen jetzt veröffentlicht wird als ein besonderes Programm für die "Arbeitsbeschaffung", so werden sich die Werkstätten dadurch täuschen lassen. Wir erinnern daran, daß Källniget bereits in einer früheren Landtagssitzung erklärte, die Wirtschaft könne Ausgaben von 50 Millionen für die "Arbeitsbeschaffung" über den Staat hinaus nicht verrichten. Diese Linie des Sporens auf Kosten der Arbeiter wird von der Regierung Schied durch ihr jetziges Arbeitsprogramm nicht verlassen.

In den einzelnen Positionen sind z. B. vorgesehen: 8 Millionen zur einmaligen Instandsetzung der Strafstrafen. Die Regierung denkt nicht daran, die seit Jahren von den Kommunen erhobene Forderung auf Übernahme der schwerverbüßten Strafen, um die Strafenbaufällen der Gemeinden zu vermindern, durchzuführen. Die sächsischen Arbeiter können aus diesen Zeilen erkennen, daß das ganze Projekt nichts als ein Manöver ist.

Dresdner Erwerbslose werden als „Schwarzarbeiter“ verhöhnt

Ein sozialdemokratisches Flugblatt, das von Verleumdungen strotzt

„... Es läuft sich nicht bestreiten, daß bei der Größe des Dresdner Führergetriebs die Stadt durch die unrichtige Entnahmen von Unterstützung durch solche Leute, die zum Schaden anderer Wohlfahrtsarbeitslosen neben ihren Arbeitsentkünften noch die Unterhaltung beziehen, um Millionenbeträgen geächtigt wird. Es liegt also im eigenen Interesse der gesamten Wohlfahrtsarbeitslosen, die heute fast die Zahl von 10.000 in Dresden erreichen, daß gegen die Schwarzbezieher von Unterstützung front gemacht wird.“

Dresden, den 14. Juli.

Die SPD-Führer gehen in der Verteidigung ihrer verräterischen Politik gegen die Arbeiter bereits so früh vor, daß sie selbst vor dem plumpen Schwund nicht zurückreden. Wir wollen den SPD-Arbeitern auf Grund der obigen Behauptung aus einem von der SPD, gezeichnet mit dem Namen Kurt Weigel, herausgegebenen Flugblatt die Freude hellen:

Was bedeuten diese „Millionenbeträge“?

Sie bedeuten, daß die Edel und Finsterbuch lügen, der Kampf gegen die Schwarzbezieher von Unterstützung front gemacht wird,

sämtliche Wohlfahrtsarbeitslosen außer ihrer Unterhaltung durch Schwarzarbeit so viel verdienen, daß sie keine Unterstützung benötigen.

Ein einfaches Rechenexample soll das beweisen. In ganz Dresden gibt es 10.000 Wohlfahrtsarbeitslose. Wenn wir im Durchschnitt 10 Mark wöchentliche Wohlfahrtsunterstützung annehmen, so ergibt das bei der Mindestsumme der von der SPD-Führung in dem Flugblatt aufgestellten Behauptung — von den „Millionenbeträgen“ — von 2 Millionen Mark, doch nicht nur die 10.000 Wohlfahrtsarbeitslosen, sondern noch 30.000 weitere „Schwarzarbeiter“ vorhängen sind. Von diesen behauptet das Flugblatt, daß sie sich „ein Auskommen“ schaffen. Wenn somit von insgesamt 60.000 Erwerbslosen 40.000 sich ihr „Auskommen“ schaffen, ja haben, die Goldhaben und Kapitalisten doch redt mit ihrer Behauptung, die Erwerbslosen seien nur „faul“. Sie beschließen die Denialistheit! Gibt es etwas Schändlicheres von so genannten „Arbeitsführern“ als solche niedergeschlagenen Verleumdungen? Aber das ist noch nicht alles. In einem anderen Satz heißt es:

„Es wurden also Tariflöhne gezahlt durch die „Arbeitsfürsorge“ und ihre Vermittlung. Aber selbst diese Vermittlung nach dem Tarifverhältnis ist von etwa 33 Prozent der Vermittelten abgelenkt worden. Es handelt sich zum Teil dabei um sogenannte Schwarzarbeiter, die neben dem Bezug der Wohlfahrtsarbeitslosenunterstützung inzwischen einer Arbeit nachgegangen sind, die ihnen ein Auskommen sicherte. Durch den Eingang der Wohlfahrtsarbeitslosenunterstützung schädigten diese Leute also jene Kreise der langfristigen Erwerbslosen, die lediglich auf ihre Unterstützung angewiesen waren.“

Deshalb haben die SPD-Leute und vor allem Bühler die „Mangsarbeit“ eingeführt. Und:

„Zeitlegen ist worden, daß zur Wohlfahrtsarbeit in diesem beschränkten Umfang in teiler Linie Jugendliche herangezogen werden. Nur dann, wenn der Verdacht der Schwarzarbeit oder Arbeitslosen besteht, darf auch auf andere juristische Griffeisen werden.“

So schaffen die SPD-Führer die Begründung der Zwangsarbeit für alle Erwerbslosen, wie sie in den Anträgen der NSDAP und der Wirtschaftspartei im Reichstag gefordert werden. Aber die Arbeiter werden, wenn sie lehnen, daß die Edel, Weigel und Böhme mit der Wirtschaftspartei zusammen in eine Koalition gehen müssen, auch begreifen, daß dieser sozialdemokratische Kurs,

in den Betrieben und an den Stempelstellen müssen die kommunistischen Forderungen zur Arbeitsbeschaffung dem Programm des Schied-Kabinetts gegenübergestellt werden,

um zu zeigen, daß es notwendig ist, den Massenkampf zu verstärken, und den demagogischen Manöver entgegenzutreten. Nur wenn die Arbeitermassen aufmarschieren für die kommunistischen Forderungen, wird es allein möglich sein, sie zu realisieren. Die morgige Landtagssitzung wird ganz klar zeigen, daß die SPD-Führer mit den bürgerlichen Fraktionen besteht sein werden, den Arbeit fordern Proletarien und Soldat in die Augen zu streuen. Die kommunistische Fraktion wird die Manöver durchkreuzen und, sich stützend auf die Forderungen des sächsischen Proletariats, den Kampf um die wirkliche Beschaffung von Arbeit, um die Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden bei vollem Lohnausgleich, verstärken.

Weitere kommunistische Anträge zur Erwerbslosenfrage

Beschluß der RSPD im Landtag

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen:

1. Die Richtlinie der Bezirkssülforsorgeverbände über ganz Sachsen einheitlich zu regeln.

2. Die Unterstützungssätze entsprechend den Grundsätzen der Bevölkerungsordnung Gruppe 12 festzulegen.

3. Im § 21 des Wohlfahrtsplangegesetzes Abs. 1 und 2 sowie den § 22 der Fürsorgepliktsverordnung zu streichen.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen: allen Rentnern und Altersgeburtensteigungsempfängern sowie allen Erwerbslosen eine Ratsstandsobhürfe von

a) für Hauptunterhaltungsempfänger 40 Mark,

b) für unterhaltungspflichtige Angehörige 10 Mark zu gewähren.

In vielen Gemeinden geht man dazu über, die Schulkinderpeisen einzustellen bzw. abzubauen. Angesichts der wachsenden Erwerbslosigkeit und der damit verbundenen Verelendung ist es unabdingt notwendig, unentgeltliche Schulkinderpeisen in erhöhtem Umfang durchzuführen.

Die kommunistische Landtagssktion beantragt, der Landtag mösse beschließen, die Regierung zu beauftragen, den Gemeinden sofort die notwendigen Mittel zur Durchführung der unentgeltlichen Schulkinderpeisen zu überweisen.

Antifa Sachsen stößt vor!

Glänzend verlaufene Konferenz

Dresden, den 14. Juli

Gestern tagte im Bürgerkino, Dresden, eine von 75 Delegierten, davon 19 parteilose Arbeiter und Arbeiterinnen, die 1. Sitzung der sächsischen Antifa-Sachsen, in der Genosse Rudolf Renner, MdL, über die Rolle des Faschismus und die Methoden des Kampfes der antifaschistischen Organisationen sprach.

Ein Vertreter der steckenden Mansfelder KPD begrüßte die Konferenz im Namen der seit 7 Wochen gegen Lobnabauoffensive der Mansfeld AG im erbitterten Kampf stehenden Mansfelder Bergarbeiter. In seinem Situationsbericht wies er besonders darauf hin, daß die Faschisten, die es betonen, den Interessen des „Volkes“ dienen zu wollen, Streikbrecher auftreten, um die Bergwerksaktionen zu unterstützen im Kampf gegen die um ihre Existenz kämpfenden Kumpels. Die streikenden Bergarbeiter jedoch haben esstanden, Hitlers Streikbrechergarden zum Teufel zu jagen.

Genosse Herbert Wehner erwähnte im Namen der Konferenz die Begrüßung der Mansfelder Bergarbeiter und betonte, daß die revolutionären Antifaschisten Sachsen alles daran setzen, die Arbeitermassen über die wirkliche Rolle Nationalsozialisten als Diener der Kapitalisten zu erläutern.

Genosse Rudolf Renner sprach dann in einem großen Referat über die Rolle des Faschismus, der es durch Demagogie verstanden hat, Massen um sich zu sammeln. Ob der Faschismus im wesentlichen die durch das kapitalistische System ruinierten Mittelschichten eingefangen hat, ist das Ergebnis ein Beweis, daß

eine systematische Aufklärungsarbeit über die wirkliche Rolle der Faschisten in den breiten Massen geleistet werden muß.

In der Diskussion, an der sich die Vertreter der einfachen Gruppen von Dresden, Leipzig, Chemnitz und anderen Unterbezirken beteiligten, wurde zum Ausdruck gebracht,

eine gute ideologische Kampagne in den Betrieben, in den Stempelstellen und unter den Mittelschichten in Stadt und Land die Voraussetzung für einen erfolgreichen wehrhaften Massenkampf gegen den Faschismus.

sein kann. In seinem Schlusswort unterstrich der Genosse Renner nochmals die gemachten Erfolge und behandelte die wichtigsten Bemerkungen der Diskussionsredner über die machten Fehler und die aufgetretenen Schwächen und die zielenden Lehren. Jetzt ist es notwendig, wirklich Maß für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen. Überall in Gruppen geschaffen werden, die einen selbständigen einfachen Kampf führen.

Die fiktive Abgeschlossenheit, die noch bei einzelnen in Erscheinung trat, muß überwunden werden, dann wird der Kampf gegen den Faschismus, der ein Kampf gegen den Kapitalismus ist, erfolgreich sein.

Die Konferenz beschloß einstimmig einen Aufruf, richtunggebend für die kommende Arbeit sein muß. Sie war wichtiger Auftrag für eine intensive revolutionäre Massenarbeit, die jetzt allorts in Angriff genommen wird. Der Ernst der Beratung, die revolutionäre Leidenschaftlichkeit, mit der erfasst wurde, zeigt, daß die antifaschistischen Arbeiter Jugendlichen ihre Aufgaben im Kampf gegen den Faschismus, die Befreiung des Proletariats richtig einkämpfen und in Lage sein werden, sie zu erfüllen.

Köln, Edel und Finsterbuch lügen, der Kampf gegen die Zwangsräte für solche Hungersennige ist nur das „Partysuppen“, das die Kommunisten „fressen“ wollen?

Die Arbeiter wissen, daß die Zugehörigkeit, die nos Kapitalisten in den ersten Kriegsjahren an die Arbeiter machten wurden, nur eine Folge der großen Krise waren. Die Ausbeuter haben Angst vor den Massenständen, und die SPD-Führer versuchen durch eine solche Hetze gegen die einzige Führerin im Kampf um die Arbeitserfordernisse, gegen die RSPD, einen geschlossenen Kampf aller Arbeiter, um die Einheitsfront auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zu verhindern. Diese Erkenntnis unter allen Arbeitern ernsthaft und systematisch in fiktiver sozialistischer Diskussion vorbereitet werden. Die Erfolgerung der Arbeiter und der Jugendlichen ist dann:

Heraus aus der SPD! Schluß mit dem Arbeiterbetrieb! Herstellung der Einheitsfront aller Arbeiter zum Kampf um die Existenzforderungen des Proletariats, um den Kampf gegen das kapitalistische System, für den Sozialismus muss!

rote Fahnen über den Gräbern

Proletarische Kampfdemonstration zu Ehren der Gemordeten von Neurode

Hausdorf, den 14. Juli.

Noch als der Morgen graute, rückten in aller Frühe zu Fuß, in Fahrwagen, auf Rädern, in Wagen, Lastwagen die Proletarierkolonnen aus dem ganzen Kreis Neurode, aus Schlesien, zahlreiche Delegationen der Arbeiterchaft aus dem ganzen Reich, insbesondere Bergarbeiterdelegationen, darunter eine aus der Tschechoslowakei, nach dem Unglücksort Hausdorf an.

Während der Nacht hatte man 99 Särge der Berglumpens hethlich auf den Friedhof gebracht, um in aller Frühe die Beerdigung vor sich gehen zu lassen. Auf diese Weise wollte die Bergarbeiterfaktion gemeinsam mit den Behörden die Massenbeteiligung der revolutionären Arbeiterchaft, die Teilnahme der zahlreichen Delegationen der Arbeiterchaft verhindern. Aber trotz aller Maßnahmen standen sich 20.000 Menschen auf den Zugangsstraßen bis auf den Friedhof. Hier hatte man 30 Massengräber für die Kumpels ausgehoben; das größte Massengräber hatte 24 Särge aufgenommen. Um die Massengräber herum standen 50 Särge mit den Opfern aus den umliegenden Ortschaften.

Um Grabe hielten zunächst unter Führung des Reichstagspräsidenten Löbe die Domherren und Superintendenten, Bergwerksdirektoren, Regierungs- und Oberpräsidenten, heilige Reden der Teilnahme an die Hinterbliebenen der Getöteten. Die Polizei hatte prahlende Absperrungen vor genommen, so daß nicht einmal alle Hinterbliebenen an der Beerdigung teilnehmen konnten. Immer wieder wiederholten sich die Schreckschreie der Hinterbliebenen. 50 von ihnen mußten abtransportiert werden und wurden in einer nahegelegenen Scheune, die als Lazarett eingerichtet war, untergebracht. Auf den Straßen und am Fuße des Friedhofs, auf den Zugangsstraßen lagen sich die Massen, darunter die Bergarbeiter

mit roten Fahnen und Kränzen mit roten Säulen. Die RSPD verteilte Flugblätter, in denen darauf gewiesen wurde, daß dieses Massaker eine Folge des imperialistischen Faschismus ist. Sie forderte aussichtsvoll für die Hinterbliebenen und strengste Bestrafung der Kapitalistischen Elitiker und aller Verantwortlichen, die die Schuld an unschaffbaren Massensterben tragen.

Nachdem die Vertreter des Kapitals ihre Reden gehalten und das „Gottvertrauen“ als Trost gepredigt hatten, marschierten die Bergarbeiter, die Kameraden der Hingerichteten, zu roten Fahnen an die Gräber. Ein Vertreter der RSPD sprach das Beileid und die Solidarität der revolutionären Arbeiterfaktion den Hinterbliebenen aus. Die Verhinderung eines sozialistischen Kampfes um eine austrocknende Unterstützung der ihret Erbubten Frauen und Kinder.

Blödig rückte die Polizei heran, hinderte einen Reden am Weiter sprechen und schrie sich nicht, die Kundgebung der Bergarbeiterfaktion zu hören. Es wurde eine ganze Nacht Verhandlungen vorgenommen. Die revolutionäre Arbeiterfaktion hatte es sich aber trocken nicht nehmen lassen, die Stube ihrer Kameraden den Schutz abzulegen, so zu rufen, daß sie für eine bessere, logistische Gesellschaftseinheit eintraten. Als dann die 50 Särge aus den Nachbarorten abtransportiert wurden, dröhnten sich große Massen an. So war die ganze Geburt eine Kampfdemonstration der Arbeiter.

Witterungsaussichten: Vorübergehend leichter Wind, heiterer Witterung durch verstärkte Bewölkung und drohende Gewitterbildung. Temperatur steigend (vorher bis 20 Grad), schwache bis mäßige Winde aus südlichen, später aus nördlichen Richtungen.